

„Wiens Sozialsystem ist der Treibstoff für illegale Migration“
So lautet der Titel eines, vor Unwahrheiten und unreflektierten
Aussagen, Interview:

Kurier, 16.3.2026

ÖVP-Wien-Chef, Markus Figl und

Griechischer Ex-Minister für Asyl und Migration, Notis Mitarachi

[https://epaper.kurier.at/issue.act?issuelid=138191&issueMutation=l2
&issueDate=20260315®ion=oe](https://epaper.kurier.at/issue.act?issuelid=138191&issueMutation=l2&issueDate=20260315®ion=oe) 1/3

Schritt für Schritt möchte ich dieses Interview kommentieren, meine Erfahrungen und mein Wissen, welche ich in beinahe 12 Jahren in Österreich, 6 Jahren an den griechischen Außengrenzen und in enger Zusammenarbeit mit Asyl-, Menschenrechts-, Integrationsexpert:innen, sowohl aus der Praxis, als auch der Forschung sammeln konnte, einbauen.

In Griechenland wechseln die Asyl- und Migrationsminister schneller, als Politik versagt. Immer wieder neue Namen, aber immer wieder dieselbe Ratlosigkeit und Untätigkeit, untermalt von permanenter Hetze.

Es wäre wesentlich interessanter gewesen, hätte der Ex-Minister erklärt, warum anerkannte Schutzberechtigte in Griechenland so wenige, bis keine Perspektiven haben, dass sie gezwungener Maßen weiterziehen müssen.

Schuldzuweisungen, -verschiebungen statt ernsthafter Politik ist das Programm der Rechten und Rechtsextremisten, zu denen ich persönlich Herrn Notis Mitarachi zähle.

INTERVIEW

Geführt von Christoph Schwarz/Kurier

Kurier:

„Die politische Zukunft der Mitte-Rechts-Parteien wird in den Städten entschieden“, hat die ÖVP für sich erkannt.

Vergangene Woche lud die Stadtakademie der ÖVP Wien daher zum „Urban Strategy Summit“, internationale Gäste inklusive. Mit dabei: Der griechische Politiker Notis Mitarachi, der bis 2023 als Migrations- und Asylminister den strengen Zuwanderungskurs in Athen mitprägte und im Zuge der internationalen Debatten um das Flüchtlingslager Moria, Lesbos zu Bekanntheit kam. Der KURIER bat Mitarachi und Wiens ÖVP-Obmann Markus Figl, der seit dieser Woche der „Städteplattform“ seiner Partei vorsteht, zum Gespräch.

* * *

KURIER:

Die Zukunft liegt also, so die Diagnose, im urbanen Raum. Wo müssen konservative Parteien ansetzen, um relevanter zu werden?

Mitarachi:

Städte in ganz Europa leiden seit Jahren unter den Flüchtlingsströmen, das ist das zentrale Thema. Das große Problem ist die illegale Migration, die von zentraleuropäischen Ländern, insbesondere von Städten wie Wien, verursacht wird. Sie sind für die Schlepper das Zielland, bereiten aber auch uns als Aufnahmeland sehr große Schwierigkeiten.

DB:

Eingangs sollte man erwähnen, dass es prinzipiell immer um die Themen Asyl und Migration geht.

Asyl: Menschen müssen aus unterschiedlichen Gründen wie Krieg, Verfolgung, Folter, Zwangsehe, Klimawandel, etc. fliehen, und suchen einen Platz, an dem sie ein selbständiges Leben aufbauen können.

Die meisten der weltweit Geflüchteten bleiben lange in der Nähe ihrer Heimatländer, in der Hoffnung irgendwann zurückzukönnen.

Migration: gibt es seit Jahrhunderten. Die Menschen bewegen sich in andere Regionen, um Arbeit zu finden, ihre Familien unterstützen sich ein selbständiges Leben aufbauen zu können. Was anhand der katastrophalen Umstände in vielen Ländern auch nachvollziehbar ist. Ex-Minister und politische Verantwortliche, die zwischen diesen beiden großen Bereichen nicht unterscheiden, sind von Grund auf schlecht mit dem Thema vertraut.

Zu behaupten, Wien und andere große Städte verursachen Migration, wobei Mitarachi ja hier genauso von Asylsuchenden wie Migrant:innen spricht, ist Nonsens und augenscheinlich bewusste Lüge. Der Nonsens liegt bereits im Wort „verursachen“.

Eine kleingeistige Ansicht, die lediglich politischem Kleingeld dient. Flucht und Migration werden durch ganz andere Situationen verursacht:

- Krieg
- Persönliche Verfolgung
- Folter
- Keine persönlichen Perspektiven wegen Umweltschäden, Klima, Ausbeutung, etc.

-

Die wenigsten Menschen, die an Europas Außengrenzen landen, wissen, wie die großen Städte heißen, geschweige denn kennen sie die Namen aller Länder in Europa.

Ein großes Problem ist, und das verschweigt Herr Mitarachi tunlichst, sobald die Menschen in Griechenland Asyl erhalten, anerkannte Schutzberechtigte sind, merken sie sofort, dass es hier keinerlei Perspektiven für sie gibt, weder Sprachkurse, Jobangebote mit Anmeldung (Krankenversicherung) und schon gar keine Ausbildung.

Arbeit fast nur ohne Versicherung, am Schwarzmarkt, zu ca. 2.50 € p.Std.

Eine Thematik über die viele unserer Kolleg:innen und wir seit Jahren sprechen. Gute Integration muss unterstützt werden. Griechenland fördert seit Jahren Sekundärmigration, das ist die Realität.

Weil Griechenland nichts zur Unterstützung bereitstellt, sobald die Menschen Asyl haben. Sie müssen nach Erhalt der Dokumente die Camps verlassen. Stehen auf der Straße. Keine Griechisch-Kurse, keine Arbeit, so kann man auch keine Wohnung bekommen. Sehr oft unterstützen hier NGOs. Nachdem deren Mittel beschränkt sind, reisen viele Menschen in dieser Not einfach weiter, in der Hoffnung, in einem anderen Land Arbeit zu finden und sich ein würdevolles, selbstständiges Leben aufbauen zu können.

Kurier:

Sie werfen Wien also vor, Migration nach Europa weiter zu befeuern?

Mitarachi:

Ich formuliere es noch klarer. Ihre Sozialpolitik ist überhaupt erst der Treibstoff für die Schlepper-Mafia, die diese unglücklichen Menschen ausnutzt, die ihr ganzes Vermögen für den Transport nach Europa ausgeben.

DB:

Migration und Flucht (über 2teres vergisst Herr Mitarachi immer zu sprechen) sind sehr komplexe Phänome/Herausforderungen mit vielen, unterschiedlichen Ursachen.

- Krieg
- Klimawandel, Ausbeutung
- Persönliche Verfolgung wie Zwangsehen, LGBTQ, religiöse Gründe, etc.
- Keine Überlebenschancen im eigenen Land, extreme Arbeitslosigkeit, große Armut, Ausbeutung von großen, westlichen Konzernen, etc.
-

Sozialpolitik als „Treibstoff“ für Schlepper-Mafia zu bezeichnen ist schlichtweg ein billiges und unqualifiziertes Argument, in den meisten Fällen von rechten und rechtsextremen Parteien verwendet, um Stimmung zu machen.

Kurier:

Griechenland lässt sich seit Jahren für seine harte Migrationspolitik feiern – es gibt aber auch viel Kritik daran ...

Mitarachi:

Kritik von Linken trage ich als Auszeichnung.

DB:

Die Freude über so eine „Auszeichnung“ ist an Zynismus kaum zu überbieten.

Vorweg möchte ich festhalten, dass ich die Verwendung von „Linke“ in diesem Kontext nicht mehr ernst nehmen kann.

Wenn alle Menschen, die sich im Gegensatz zu Herrn Mitarachi seriös, faktenbasierend mit dem Thema Asyl/Migration auseinandersetzen, als „Links“ gebrandet werden, ist das parteipolitisch, ideologisch, oder emotional beurteilt und weit weg von jeder Sachlichkeit.

Zur Kritik:

Menschen, die in Griechenland mit diesem Thema vertraut sind, vor Ort arbeiten (Jurist:innen, Sozialarbeiter:innen, Ärzt:innen, Helfer:innen, etc.) sehen sehr schnell, was dieser „harte Migrationskurs“ in der Realität bewirkt.

Ohne Rücksicht auf Verluste werden hier Menschen, von denen viele eine Aussicht auf Asyl haben, gebrochen. Nicht nur körperlich, die katastrophale Gesundheitsversorgung, das Essen, welches exakt nach Kalorien gezählt wird (1-mal am Tag)

Dies ist nicht nur rechtlich, menschenrechtlich und humanitär eine Katastrophe, entspricht keineswegs den europäischen Rechten und

Werten, sondern verursacht letztendlich auch für ganz Europa enorme Kosten und Verluste.

Warum?

Die Menschen sollen, was auch Mitarachi anspricht, nach Erhalt von Asyl arbeiten. Wie soll das funktionieren? Die Menschen kommen massiv geschwächt, mit vielen medizinischen Problemen, verursacht durch schlechte Ernährung im Camp, unzureichend med. Versorgung, massiver Druck, furchtbare Unterbringung, etc.) ins „Arbeitsleben“. Vorher muss man sie zuerst gesunden lassen, sehr oft starkes Untergewicht beheben, etc., bis sie wirklich leistungs- und konzentrationsfähig sind.

Kurier:

Wie sehen denn Ihre Vorschläge für Österreichs Migrationspolitik aus? Was konkret muss sich ändern?

Mitarachi:

Wir dürfen nicht das Ziel für Menschen weltweit sein, die denken, dass es hier schöner ist als zuhause. Da müssen wir konsequenter werden. Zugleich hat Europa immer bewiesen, dass es jenen hilft, die in Not sind und berechtigterweise Schutz suchen.

Das soll so bleiben – immer unter der Voraussetzung, dass die Menschen hier arbeiten. Nur dann sollte Zugang zum Sozialsystem gewährt werden. Nur wer nachweist, dass er mehrere Jahre in dem Land gearbeitet hat und seinen Beitrag geleistet hat, soll von Leistungen profitieren.

DB:

Zahlen sprechen für sich.

Ende 2024 waren insgesamt 124 Mio Menschen auf der Flucht. Lediglich etwa 10 – 11 % davon kamen nach Europa. Alle anderen gingen in Nachbarstaaten, oder andere Aufnahmeländer.

Wichtige Herkunftsländer:

- Fast drei Viertel (74 %) der weltweit anerkannten Geflüchteten stammen aus nur wenigen Ländern: Venezuela, Afghanistan, der Ukraine, Syrien, dem Sudan und dem Kongo.

Wichtigste Aufnahmeländer:

- Die meisten Flüchtlinge werden nicht von europäischen Staaten, sondern von Nachbarländern der Krisenregionen aufgenommen. Ende 2024 war der **Iran** das Land mit den meisten Flüchtlingen weltweit (fast 3,5 Millionen), gefolgt von der **Türkei** (über 2,9 Millionen).

<https://www.bmz.de/de/themen/flucht>

Wenn Herr Mitarachi über „Menschen, die berechtigter Weise Schutz suchen, gehören in Europa unterstützt“ spricht, dann sind seine Aussagen an Zynismus kaum zu überbieten.

Anerkannte Geflüchtete erhalten in Griechenland in der Praxis keinerlei Unterstützung. Kaum, bis keine offiziellen Sprachkurse, Integrationsprogramme. Sozialgeld nur dann, wenn man eine Meldeadresse nachweisen kann. Wer gibt einem anerkannten Geflüchteten eine Wohnung, wenn er keinen Job hat, wer gibt einen Job, wenn man keine Unterkunft hat – die Katze beisst sich in den Schwanz.

Bereits vorher, im Asylverfahren, wird die vorgesehene GV-Grundversorgung seit Jahren nicht ausbezahlt. D.h. die Menschen können sich auch nichts sparen. Ein Neueinstieg in ein selbstbestimmtes Leben ist dadurch fast immer unmöglich. Wären nicht NGOs vor Ort, die ihr Bestes geben, um zu unterstützen, würden all diese Menschen in Obdachlosigkeit, oder Ausbeutung landen.

Die Gefahren in Athen und Thessaloniki sind übermäßig groß. Drogen- und Menschen- und Organhandel nehmen zu.

Die Aussage von Herrn Mitarachi ist also nicht nur zynisch und herzlos, kennt er doch genau die Situation in Griechenland, sondern er müsste auch wissen, dass Griechenland damit die Sekundärmigration befeuert. Menschen reisen weiter, wenn sie nicht mal das Überlebensnotwendigste finden.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Sekund%C3%A4rmigration>

Kurier:

Herr Figl, ich darf annehmen, dass Ihnen das gut gefällt, was Sie da hören. Wasser auf den Mühlen der ÖVP.

Markus Figl:

Ich finde es eher bedenklich, wenn ich von Kollegen aus anderen Ländern höre, dass sich Menschen nur deshalb auf den Weg nach Europa machen, weil Wien als Sozialmagnet wirkt. Derjenige, der jetzt in Griechenland andockt, würde gar nicht kommen, wenn er nicht wüsste, dass er nach Österreich weiterreisen kann. Da schicken wir definitiv die falschen Signale.

Ebenso zermürend, eigentlich inakzeptabel, die Antwort von Herrn Figl, ich gehe davon aus, dass diese Aussage sich gegen die aktuelle Regierung Wiens richtet.

Dass Herr Figl, als ÖVP Chef Wien keine Argumente vorweist, wie ich sie oben angeführt habe zeigt, wie wenig Ahnung er vom Thema hat, oder aber wie parteipolitisch motiviert dieses Gespräch ist.

Mitarachi:

Wenn ein Zuwanderer in Griechenland bei der Olivenernte hilft, erhält er im Monat rund 850 Euro.

Wie viel bekommt er an Sozialleistungen in Wien?

Es gibt keine exakten, tagesaktuellen Statistiken über die genaue Zahl anerkannter Geflüchteter, die **registriert und versichert** (legal) in der griechischen Landwirtschaft oder bei der Olivenernte arbeiten. Die

Situation ist von hoher informeller Beschäftigung (Schwarzarbeit) geprägt.

Wichtige Eckdaten zur Situation (Stand 2024/2025):

- **Hoher Bedarf & Arbeitskräftemangel:** Griechenland leidet unter einem akuten Mangel an Erntehelfern (ca. 70.000 fehlende Arbeitskräfte in der Landwirtschaft), was zu Initiativen führt, Migranten und Geflüchtete in den legalen Arbeitsmarkt zu integrieren.
- **Beschäftigtenzahlen (Schätzungen):**
 - Über 50 % der Arbeitskräfte in der griechischen Landwirtschaft sind Migranten.
 - Berichte deuten darauf hin, dass die Mehrheit der Erntehelfer (besonders aus Albanien, aber zunehmend auch aus Bangladesch, Pakistan) in informellen oder ungesicherten Verhältnissen arbeitet.
 - Die griechische Regierung hat Ende 2023 Arbeitserlaubnisse für etwa 30.000 Migranten angekündigt, um die Schwarzarbeit zu bekämpfen, was auch anerkannte Geflüchtete einschließen soll.
- **Lohnniveau (Olivenernte/Landwirtschaft):**
 - Die Löhne sind oft niedrig und variieren stark. Berichte aus der Vergangenheit nannten teilweise extrem niedrige Tagessätze (unter 30-32 Euro) für Erntehelfer, oft ohne Versicherung.
 - Der gesetzliche Mindestlohn in Griechenland stieg im Dezember 2025 auf 1.027 Euro brutto pro Monat (bei Vollzeit).
 - *Jedoch:* In der Agrarwirtschaft, besonders bei Saisonarbeitern, wird oft nach Stückzahl oder Tagespauschalen bezahlt, und die "Schwarzarbeit" liegt Schätzungen zufolge bei über 90 % der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, was bedeutet, dass viele keine vollen sozialen Leistungen erhalten.

Die Herausforderungen nachlesen kann man hier, die Bemühungen für gerechte Arbeitsbedingungen auch:

<https://www.anyfion.gr/refugee-landworker-group-a-new-approach-to-harvesting-labor/>

Figl:

Sozialleistungen, ca. 1.200 Euro für den Einzelnen.

Forschungen zu Integration sagen ganz klar, dass Menschen, frisch aus dem Asylverfahren kommend, anfänglich Unterstützung brauchen, um sich gut, sowohl ins Arbeitsleben als auch in die Gesellschaft integrieren zu können.

Eine Wohnung muss angeschafft werden, Spracherwerb, der ja kaum während des Verfahrens geboten wird, etc. Ohne diese Unterstützung ist es erfahrungsgemäß kaum möglich eine Zukunft aufzubauen.

Es ist also eine Investition in die Zukunft, gute Verwebung (ein sinnvolles Wort für Integration), Zugehörigkeitsgefühl und Leistung sind nur so möglich.

Dazu gibt es etliche Ausführungen, unter anderem von Dr. Judith Kohlenberger, Migrationsforscherin an der Uni Wien.

<https://judithkohlenberger.com/vortrage/>

Mitarachi:

Wieso sollte er in der prallen Sonne arbeiten, wenn er hier ganz ohne Arbeit mehr an Sozialleistungen erhält? Diese Art von Politik verursacht uns allen Probleme.

DB:

Ja, es gibt auch Menschen auf der Flucht, bei denen Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft problematisch sind. Doch ein Großteil der Zugewanderten und Asylberechtigten wollen arbeiten. Aus vielen unterschiedlichen Gründen.

Dass dies in Österreich, sei es durch Erschwerung der Akzeptanz von Ausbildungen in den Herkunftsstaaten, Sprachkursen, Ausbildungen

in Österreich, Gefühl der Zugehörigkeit schaffen, bis hin zum Wahlrecht von hier Geborenen massiv gestört wird, ist relativ leicht ersichtlich.

Ja, diese Art von Politik, ständige Ausgrenzung, schlecht reden, bis hin zu Hetze, verursacht große Probleme.

Kurier:

Wie schlecht muss man Ihrer Einschätzung nach Menschen behandeln, damit sie nicht mehr nach Europa wollen?

Mitarachi:

Niemand hat gesagt, dass wir die Menschen schlecht behandeln wollen.

Kurier:

Genau das haben Ihnen Kritiker in Ihrer Zeit als Minister vorgeworfen: Sie gestalten die Bedingungen in griechischen Flüchtlingslagern absichtlich schlecht, um Menschen abzuschrecken. Daher die Frage: Ist Abschreckung ein legitimes politisches Instrument?

Mitarachi:

Die Kritik ist unrichtig. Seit 2021 haben wir sehr moderne Aufnahmezentren mit einer guten medizinischen Versorgung. Aber nochmals: Jeder, der nach Europa kommt und Recht auf Asyl hat, hat auch die Pflicht, genauso zu arbeiten wie alle anderen. Unsere liberale Wirtschaft und unser Bildungssystem geben den Menschen alle Möglichkeiten.

DB:

Offensichtlich weiß der Mann nicht, worüber er spricht, bzw. gibt absichtlich ein falsches Bild von den Zuständen in griechischen Camps ab. Ich will und kann seine wahre Motivation nicht beurteilen, doch dass seine Aussagen nicht den Fakten entsprechen, ist durch viele Beiträge belegbar.

Die Menschen in Griechenland werden, falls sie nach etlichen rechtswidrigen Pushbacks, welche politisch angeordnet, von der

griechischen Küstenwache – HCG ausgeführt, all ihrer Dokumente, Geld und Habseligkeiten beraubt, doch Europa/Griechenland erreichen, aufs unmenschlichste untergebracht, versorgt und behandelt.

Wir arbeiten seit 6 Jahren an den Außengrenzen, auf Lesbos, und können das tagtäglich mitverfolgen.

Das Essen ist unzulänglich, so wie auch die medizinische Versorgung. Es mangelt im Winter oft an warmem Wasser für die Duschen, die Menschen befinden sich zu 6- 8 Personen in einem Hauszelt, oder Container. Im Sommer leiden sie unter der extremen Hitze, es gibt kaum Schattenplätze in den Camps.

Ein Bericht, der die Zustände sehr klar verdeutlicht und Herrn Mitarachi Lügen straft.

<https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/presse/griechenland-mangelernaehrung-kinder-gefluechteten-camp#:~:text=Griechenland:%20F%C3%A4lle%20von%20Mangelern%C3%A4hrung%20bei%20Kindern%20in%20Gefl%C3%BChteten%20Camp.>

Die Lage für Erwachsene ist keineswegs besser, auch in anderen Camps in Griechenland nicht.

https://www.unhcr.org/gr/en/news/press-releases/unhcr-deeply-concerned-greece-s-suspension-asylum-applications#:~:text=Country%20sites%20*%20Home.%20*%20Press%20releases.

Kurier:

Herr Figl, was muss in Wien aus Ihrer Sicht geschehen? Die Stadtregierung hat zuletzt bei der Mindestsicherung nachgeschärft und etwa bei Bedarfsgemeinschaften die Gelder gekürzt. Immer noch zu wenig?

Figl:

Ja, das war zu wenig. Wir verlangen etwa bei den Mehrkindfamilien eine Staffelung, also degressive Sätze für alle Kinder ab

dem zweiten. Mindestsicherung darf kein Anreiz sein, sich dem Arbeitsmarkt zu entziehen und sich der Integration zu verweigern.

DB: Um politisches Kleingeld zu machen, werden immer wieder obige Argumente benutzt.

Was sachlich dazu zu sagen ist kann man bei Asylkoordination Österreich nachlesen:

<https://www.asyl.at/de/information/fragen-und-antworten/mindestsicherung-faqs/>

Mitarachi:

In Großbritannien etwa ist die Kinderbeihilfe ab dem zweiten Kind gedeckelt. Wenn jemand mehr Kinder will, muss das auf eigene Kosten tun. Ich halte das für einen spannenden Ansatz. Die Beihilfen können nicht immer weiter steigen.

Der Olivenerntehelfer in Griechenland erhält, wie wir gehört haben, 850 Euro. Könnte man von diesem Geld in Wien auch leben?

DB:

Nur ganz kurz gesagt, was bei diesen Diskussionen immer wieder übersehen wird ist die demografische Entwicklung. Ganz Europa leidet unter einem Bevölkerungsschwund. Wir sollten Migration und Asyl positiv lesen und denken und sie konstruktiv einbauen.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/06/PD24_N024_12.html#:~:text=Sie%20sind%20hier:%20Bei%20stabiler%20Zuwanderung%20sinkt,von%20451%20Millionen%20Menschen%20auf%20432%20Millionen.

Figl:

Die Lebenshaltungskosten in Österreich sind andere als in Griechenland.

Kurier:

Aber zugleich halten Sie 1.200 Euro für zu viel. Wie viel sollte es denn sein?

Figl:

Wir wollen, dass die rot-pinke Wiener Stadtregierung endlich Reformen setzt.

Kurier:

Bitte nennen Sie mir doch eine Zahl. Wie hoch sollte die Mindestsicherung Ihrer Meinung nach sein?

Figl:

Sie werden von mir keine Zahl hören. Ich werde der Bundesregierung nicht vorgreifen. Wichtig ist, dass wir über das Thema inhaltlich diskutieren. Wir müssen den Österreichern vermitteln, dass unsere Handlungen weitreichende, europäische Auswirkungen haben. Wir sind eben keine Insel – und auch keine Festung.

Kurier:

Wie wollen Sie mit dieser Positionierung bei den Wiener Wählern punkten?

Figl:

Die ÖVP muss zeigen, dass sie die Partei ist, die die Befürchtungen der Menschen ernst nimmt – während die SPÖ gerne sagt, dass eh alles in Ordnung ist.

Kurier:

Halten Sie die Wähler für zu leichtgläubig? Die Menschen in dieser Stadt scheinen – siehe die Wahlergebnisse – mehrheitlich mit der Linie der Wiener SPÖ zufrieden zu sein.

DB:

Die Menschen in Wien sind nicht leichtgläubig, sondern mit ihrer Stadt im Großen und Ganzen zufrieden – eine lebenswerte Stadt. (Dies ist auch amtlich ;))

Ja, es gibt immer wieder Herausforderungen, z.B. im Bildungsbereich, doch viele Wiener:innen wissen, dass auch dies die Bundesregierung verschlafen hat. Man wusste seit 2016, spätestens 2017 über Familiennachzug, wieviel Anträge, usw. Bescheid. Die gute Vorbereitung wurde verabsäumt, man hat sich auch hier lieber mit Hetze und Diskriminierung beschäftigt. Die Probleme gehören schnellstens abgearbeitet und bereinigt.

Dass gerade Herr Fiegl hier das Wort so gewaltig ergreift, empfinde ich als sehr sonderbar.

Ist es doch seine Partei, die seit Jahrzehnten, bis auf wenige/kurze Ausnahmen, sowohl die zuständigen Minister:innen für Asyl/Migration, Bundesministerium für Inneres, als auch die Minister:innen für den Bereich Integration gestellt hat.

Figl:

Ich denke, dass die ÖVP eine konsequentere Politik machen muss – und aufzeigen muss, was schief läuft. Vielleicht waren wir zu wenig glaubwürdig in der Vergangenheit. Wir müssen jene Partei sein, die sich Gedanken über unsere Wiener Identität macht, und die eine Vision für diese Stadt entwickelt.

DB:

Auch ich erkenne seit Jahren zu wenig Glaubwürdigkeit in der Abarbeitung der Herausforderungen. Die ÖVP zeigt ständig auf was schief läuft, statt die Herausforderungen in demokratischer Gemeinschaft mit Koalitionspartnern und demokratisch gewählten Parlamentsparteien abzuarbeiten, dies als starke und dominanteste Regierungspartei ist unbegreiflich und im Grunde genommen verantwortungslos.

Ja, Österreich hat viel geleistet, viele Geflüchtete aufgenommen, niemand kann das bestreiten.

Leider wurde das Thema Integration und Bildung, die dafür dringend nötigen Investitionen massiv vernachlässigt. Vernachlässigt von jener

Partei, die seit Jahren in der Regierung ist und Innenministerium und Integrationsministerin stellt.

Eine wichtige Vision für ganz Österreich, die rasch hätte umgesetzt werden müssen – wie wollen wir gut gemeinsam leben? Dringend notwendig für gelungene Verwebung von unterschiedlichen Menschen in unserer Gesellschaft, Friedensarbeit in der Gegenwart und für die Zukunft der nächsten Generation.

Kurier:

Sind Sie beide der Meinung, dass Ukrainer, sobald der Krieg endet und der Asylgrund wegfällt, zurück in ihre Heimat sollen? Notfalls mittels Abschiebung?

Mitarachi:

Viele Ukrainer haben sich in den vergangenen Jahren hier verwurzelt und gut eingelebt. Diejenigen, die arbeiten und sich integrieren, sollten bleiben dürfen.

Figl:

Auch ich habe erlebt, dass sich die Ukrainer in Wien gut integrieren.

Kurier:

Das gilt mit Verlaub auch für Menschen aus anderen Ländern, mit denen Sie deutlich schärfer ins Gericht gehen. Warum werde ich das Gefühl nicht los, dass die Politik bei Ukrainern stets vorsichtiger formuliert als bei Syrern und Afghanen?

DB:

Ich gebe hier dem Interviewer völlig recht. Diese, von Anfang an eklatante Unterscheidung war für alle klar erkennbar.

Sonderbar, nach all diesen Aussagen, die Herr Figl und Mitarachi treffen, die österreichische Bundesregierung gerade jetzt die Ukrainer:innen, vornehmlich Frauen und Kinder, so erbärmlich im Stich lässt.

<https://oe.orf.at/stories/3326632/>

Wir können also beobachten, dass auch hier in der Praxis nicht wirklich sinnvoller gearbeitet wird.

Figl:

Der Ukraine-Krieg ist in unserer Nachbarschaft.

Kurier:

Österreich hat keine Außengrenze zur Ukraine.

Figl:

Historisch, kulturell und geografisch sind uns die Ukrainer viel näher als andere.

Mitarachi:

Menschen, die aus einem ähnlichen Kulturkreis kommen, tun sich bei der Integration leichter. Das ist keine Bewertung von Kulturen, keine Benotung. Aber es gibt verwandtere und entferntere Kulturen.

Kurier:

Fast die Hälfte der rund 90.000 Ukrainer in Österreich lebt in Wien – und wiederum die Hälfte von Ihnen bezieht Geld aus der Grundversorgung. War Wien auch hier ein Sozialmagnet?

Figl:

In Zusammenhang mit der Ukraine war es eine Notsituation.

DB:

Bei Asylrecht geht es nicht um die Frage „Wer steht uns näher“. Es gilt geschriebenes Recht, wie die „Genfer Flüchtlingskonvention“. Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) von 1951 ist das zentrale völkerrechtliche Dokument zum Schutz von Flüchtlingen. Sie definiert den Flüchtlingsbegriff, regelt grundlegende soziale Rechte (Arbeit, Bildung) und verbietet im Kern das Verbot der Zurückweisung (Non-Refoulement) in Staaten, in denen Verfolgung

droht. Über 140 Staaten, darunter Deutschland, haben die Konvention ratifiziert.

<https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/fluechtlingschutz/genfer-fluechtlingskonvention>

Mögliche Konsequenzen eines „In-Frage-Stellen“

Ein politisches „In-Frage-Stellen“ kann zu einer schleichenden Aushöhlung führen, bei der Standards gesenkt werden, ohne den Vertrag formell zu kündigen. Eine Kündigung ist nach Artikel 44 zwar möglich, aber unwahrscheinlich, da dies die internationale Zusammenarbeit stark belasten würde.

Standards zu senken bedeutet eine reale Bedrohung für das Wohlergehen, der menschenrechtskonformen Versorgung von Menschen auf der Flucht.

Man diskutiert auch darüber, Asylverfahren aus Europa auszulagern. Ich persönlich halte das für völlig falsch und der Verdacht, dass es in Rechtswidrigkeit endet, liegt mehr als nahe.

Wir sind nicht einmal in der Lage, Menschenrechte und rechtskonforme Standards in Griechenland/Europa zu wahren. Wie will uns das in Ländern außerhalb Europas gelingen?

Sowohl Herr Figl, als auch Herr Mitarachi möchten dies bitte, gemeinsam mit Befürwortern und rechten Politiker:innen glaubhaft darlegen.

Kurier:

Sie sprechen beide davon, dass gut Integrierte in Europa willkommen sind. Kaum eine Community ist so gut integriert wie die iranische – da finden Sie Ärzte, Künstler, Techniker. Plädieren Sie dafür, allfällige Flüchtlinge des Iran-Kriegs aufzunehmen?

Mitarachi:

Der Iran hat eine uralte, bemerkenswerte Kultur. Auch in Athen gibt es eine große Community. Ich denke zwar nicht, dass in naher Zukunft mit einer Flüchtlingsbewegung zu rechnen ist. Das Signal auszustrahlen, dass sowieso alle Flüchtlinge

wieder nach Europa kommen können, wäre aber ein Fehler. Das haben wir 2015 gelernt.

DB:

Die Frage, ob Europa Iraner:innen bezüglich der Nahost-Krise und dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf den Iran Schutz gewähren sollte, wurde nicht beantwortet. Iraner:innen Schutz zu gewähren, wenn sie in dringend nötig haben, ist nicht gleichzusetzen mit der beliebten Parole der Rechten „alle wollen kommen“, die ja bereits auch mehrfach widerlegt wurde.

Kurier:

Angela Merkels „Wir schaffen das“ war also falsch?

Mitarachi:

Wir waren sehr schlecht vorbereitet.

DB:

Ja, das stimmt. Eine wichtige Einsicht.

Doch warum? Diese Frage darf, muss gestellt werden.

Europa wusste bereits wesentlich früher über die bevorstehende große Herausforderung Bescheid. Viele Expert:innen sprechen bis heute von einer „Absehbaren Krise“.

Europa reagierte wie üblich viel zu spät.

Übrigens eine Politik, die bis heute praktiziert wird. Sei es im Asyl-, Integrations-, Gesundheitsbereich, oder Bildungsbereich.

Gute Asyl- und Migrationspolitik braucht mehr, als Unsummen in Pressekonferenzen und Aussendungen zu investieren, nur um festzuhalten, was alles nicht funktioniert, was zum Großteil den politisch Verantwortlichen geschuldet ist, genau jenen, die wortreich an die Öffentlichkeit treten.

Die Grund-Message, dass wir die Geflüchteten eigentlich nicht wollen, ist in vieler Hinsicht destruktiv.

Die Zivilgesellschaft wird verunsichert, statt bestärkt und die Neuankömmlinge selbst, einer permanenten Ablehnung ausgesetzt, die Würde und auch Lebensmut raubt und letztendlich dazu führt, dass die Menschen unter sich bleiben wollen. Integration darf nicht nur auf Leistung reduziert werden, gute Integration bedeutet „gutes Leben miteinander“, gelungene Verwebung, gegenseitige Wertschätzung.

Migrationsbewegungen werden, befeuert von Kriegen und Klimawandel, eher zu- als abnehmen. Sind wir heute besser vorbereitet? Leisten wir gute Vorbereitung für kommende Herausforderungen“

Mitarachi:

Der einstige US-Präsident Obama meinte, der wesentlichste Grund für Migration ist das Mobiltelefon. Ich teile diese Meinung. Weil die Menschen durch Social Media mit eigenen Augen sehen, wie gut wir in Europa leben. Und weil die Routen nach Europa auf dem Mobiltelefon konkret und real werden.

Kurier:

Was leiten Sie nun daraus ab? Ein Social-Media-Verbot für Syrer?

Mitarachi:

Das mag ja lustig klingen, aber das Thema ist ernst. Es gibt sechs Milliarden Menschen auf der Welt, die daheim schlechter leben als Sie hier in Österreich. Diese Ungleichheit ist bitter. Dass die sechs Milliarden hierherreisen, kann aber sicher nicht die Lösung sein.

DB:

Nein, das klingt nicht lustig, sondern eher sehr befremdlich. Ein Mensch, der früher politische Verantwortung getragen hat und jetzt immer noch zu Interviews eingeladen wird, um seine Meinung

sehr öffentlich wirksam kundzutun, müsste viel größer und konstruktiver denken.

Kleingeist und Ideologie dürfen keinen Platz in so verantwortungsvollen Situationen haben.

Auch hier wieder Nonsense. Jeder weiß, es werden sich nicht 6 Milliarden auf den Weg nach Österreich machen. Mit solchen Aussagen fühle ich mich und hoffentlich auch Sie, geschätzte Leser:innen, äußerst respektlos behandelt. Wir alle sind zu größerem Denken fähig.

Ein Ansatz für Lösungen zu all diesen Herausforderungen wäre, unabhängige Expert:innen einzuladen, von denen wir weltweit genug haben und diese Themen sinnstiftend und ernsthaft diskutieren und Arbeitsschritte zu erarbeiten und diese dann auch in solidarischer Gemeinschaft umsetzen.

Geld dafür wäre genug vorhanden, was man immer wieder bei „Kriegsbudget“ einsehen kann. Auch hier eine Frage der Verteilung.

Diese Lösungen können und dürfen nicht bei „Abschottung“ und „Festung Europa“ enden.

Sie sollten vieles enthalten – in großer Sicht gedacht werden.

- Sichere Fluchtrouten
- Resettlement
- Ausbeutung und Kriege zunehmend verhindern
- Entwicklungsprogramme
- Bildungsangebote
- Zutrauen von persönlicher Entwicklung
- Zusammenarbeit mit Drittstaaten auf Augenhöhe.
- Keine, geopolitisch interessante, auch nicht kurzfristige, Kooperation mit radikalisierten Gruppen, Terrorvereinigungen, Warlords, oder Diktatoren.
- Große Konzerne dürfen keine Drittländer mehr ausbeuten. Unmittelbare Konsequenzen müssen folgen.
- Stärkung und massiven Ausbau der Katastrophen- und humanitären Hilfen vor Ort, stattdessen reduziert man diese.

- Gerechte Verteilung
- And last but not least:
Konsequente und aufrichtige Einhaltung der Menschenrechtscharta.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Allgemeine Erkl%C3%A4rung der Menschenrechte](https://de.wikipedia.org/wiki/Allgemeine_Erkl%C3%A4rung_der_Menschenrechte)

Würde man diese von A bis Z verinnerlichen und anwenden, wir auch Drittstaaten ein gutes und friedliches Leben gönnen, dann wäre die Situation eine andere.

Es gibt noch viel mehr Gedanken und Punkte dazu, große Themen, die wir in wohlwollender Gemeinschaft und aufrichtigem Respekt zueinander dringend abarbeiten sollten.

Doro Blancke,
Flüchtlingshilfe refugee assistance Doro Blancke

25. März 2026

Mytilini, Lesbos